

15.09.13 | Rheinisches Revier

Wie bedroht sind Braunkohle-Kraftwerke?

Die sinkenden Strompreise im Strompreis machen RWE zu schaffen. Der Konzern prüft nun auch die Stilllegung von Braunkohle-Kraftwerken. Viele Tausend Arbeitsplätze hängen im Rheinischen Revier davon ab. Von Guido

M. Hartmann



Foto: picture alliance / Rolf Kleeckl

Bis zu 34.000 Arbeitsplätze hängen in NRW an der Braunkohle. Im Bild das RWE Braunkohle Kraftwerk in Frimmersdorf.

Auf Schloss Paffendorf in Bergheim ist die große Zeit der Braunkohle noch in allen Winkeln spürbar. Eine aufwendige Ausstellung zeigt die Geschichte des Abbaus, auf einer Karte sind die drei großen Felder Garzweiler, Hambach und Inden zu sehen, die RWE Power noch im Rheinischen Revier zwischen Aachen, Neuss und Köln samt einer ganzen Reihe von Kraftwerken betreibt.

Seit 1910 wird die bereits wesentlich länger geförderte Braunkohle in Kraftwerken zur Stromgewinnung verfeuert, die wegen des Abbaus in Tagebauen wesentlich günstiger ist als die aus großen Tiefen geförderte Steinkohle. Das ließ auch die Kassen des Vorgängerfirma Rheinbraun klingeln, die 1958 Schloss Paffendorf kaufte, nachdem der Tagebau die Grenzen des zugehörigen Parkes erreicht hatte. Heute nutzt die RWE-Tochter den Bau für Veranstaltungen, etwa Pressekonferenzen.

Doch was Vorstandschef Matthias Hartung dieser Tage auf Schloss Paffendorf verkündete, klang so, als seien die goldenen Jahre der Braunkohle endgültig vorbei: "Unsere konventionelle Stromerzeugung steht unter gewaltigem wirtschaftlichen Druck." Hartung zufolge ging das Ergebnis in den ersten sechs Monaten des Jahres um 62 Prozent von 1,8 Milliarden auf 690 Millionen Euro zurück.

Hauptgründe seien weiter sinkende Großhandelspreise und der Entfall von kostenlosen Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten. "Und unser Ergebnis wird weiter zurückgehen", warnt Hartung. Denn der bereits fixierte Strom-Großhandelspreis für 2014 liege aktuell bei etwa 38 Euro je Megawattstunde, während es Anfang 2012 noch 55 bis 60 Euro waren. Vor diesem Hintergrund müsse das Unternehmen seine gesamte Kraftwerksflotte überprüfen, so der Vorstandschef.

34.000 Arbeitsplätze hängen an der Braunkohle

Allein im Rheinischen Revier zählt RWE derzeit an die 10.300 Vollzeitstellen – im Vorjahr waren es noch 190 mehr. Mit den indirekten Jobs im Umfeld der Tagebaue und Kraftwerke hängen jedoch bis zu 34.000 Arbeitsplätze in NRW an der Braunkohle. So haben sich im Laufe der Jahre viele energieintensive Industrien wie Chemie, Aluminiumerzeugung und Papierfertigung in der Region angesiedelt, alleine 3000 Unternehmen sind dort direkt für RWE tätig.

Bereits Mitte August hatte die Konzernmutter in Essen angekündigt, Kraftwerkskapazitäten und Strombezugsverträge im Umfang von 4200 Megawatt saisonal oder langfristig vom Netz zu nehmen – allein im Rheinischen Revier verfügt der Konzern über eine Leistung von gut 10.000 Megawatt. Und von ersten Entscheidungen ist das Braunkohlenrevier bereits berührt: Mehrere Gasturbinen am Kraftwerk Weisweiler bei Aachen wurden aufgrund ihrer geringen Einsatzzeiten eingemottet. Sie sollen möglicherweise an einen anderen Standort transportiert werden, die zehn direkt betroffenen Mitarbeiter würden dann an anderer Stelle eingesetzt, heißt es.

Vor allem ältere Braunkohlenblöcke haben Hartung zufolge Probleme, ihre Vollkosten zu erwirtschaften. Und stünden deshalb unter intensiver Beobachtung. "Wir arbeiten mit Hochdruck daran, unsere Kosten weiter zu senken, um unsere Kraftwerke im Markt zu halten", betont Hartung zwar. Bei dieser "Kraftanstrengung" seien alle Betriebe und Sparten im Rheinischen Revier gefordert, ebenso aber die Verwaltungen in Essen und Köln.

Durch die Energiewende mit ihrem billigeren, weil subventionierten Strom aus Fotovoltaik und Windkraft ist offenbar kaum noch Geld mit konventionellen Kohle- und auch Gaskraftwerken zu verdienen – und Neubauten wie ein seit Jahren geplantes Riesenkraftwerk vom Typ BoA Plus in Niederaußern hat unter den derzeitigen Bedingungen kaum eine Chance auf Verwirklichung. Und auch alle bestehenden Blöcke im Revier werden derzeit überprüft. Etwa an den Standorten Grevenbroich-Frimmersdorf und Goldenberg bei Hürth.

Belegschaft in Sorge

Wenn kein Geld mehr verdient werde, könne man die Anlagen nicht auf Dauer betreiben, sagt Hartung. Allerdings müssten Stilllegungen ein Jahr im Voraus bei der Bundesnetzagentur angemeldet werden. Im Moment gehe es nach dem "System Durchwurschteln", ergänzt Hartungs Vorstandskollege Ulrich Hartmann. Alle hofften nun auf eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen und Änderung am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nach der Bundestagswahl.

Dazu setzt man auch bei RWE Power auf eine Art "Kraftwerkscent", der allein für die "Bereitstellung gesicherter Leistung" fließen soll. Denn schließlich könnten die konventionellen Kraftwerke jederzeit die Versorgung mit Strom garantieren, wenn Windkraft und Fotovoltaik einmal nicht ausreichend liefern können.

Dennoch müsse RWE Power bei einem definierten Sparziel von 150 Millionen Euro pro Jahr schon jetzt handeln. Und das werde nicht ohne Personalreduzierung gehen, sagt Vorstandschef Hartung. Dies solle aber möglichst sozialvertraglich ablaufen. Konkrete Zahlen sollen dem Vernehmen nach spätestens bis November bekannt gegeben werden. Allerdings wurde mit der Belegschaft und den Gewerkschaften bis Ende 2014 eine Beschäftigungssicherung vereinbart.

"Bis dahin wollen wir eine Übereinkunft für die Zeit danach treffen", so Hartung. So gibt es etwa bei den Beschäftigten des Tagebaus Inden Sorgen, dass der Abbau früher als 2035 enden könnte wie bislang vorgesehen. Und dass dementsprechend massiv Jobs abgebaut würden. Das sei aber nicht geplant, wurde auf Schloss Paffendorf betont.

Wegen des schwierigen Umfeldes gingen bereits im Mai 700 RWE-Mitarbeiter beim Deutschen Braunkohletag in Köln auf die Straße, um für den Erhalt ihrer Jobs zu demonstrieren. Und Michael Vassiliadis, Chef der mächtigen Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) hatte erst vor wenigen Tagen in der "Welt" gesagt, dass auch die großen Energiekonzerne einen Anspruch auf stabile Rahmenbedingungen hätten. Es sei "Fakt", dass wegen der Energiewende "zum Beispiel bei E.on und RWE Einnahmen wegbrechen und Arbeitsplätze abgebaut werden". Dabei werde Deutschland "in absehbarer Zeit nicht auf Steinkohle und Braunkohle verzichten können", so Vassiliadis.

16 Millionen Tonnen Kohlendioxid

Sollte RWE jedoch in der Region massiv Jobs abbauen, könnte der gesellschaftliche Konsens zum großflächigen Abbagern und Verfeuern der Braunkohle schnell gefährdet

sein. Darauf verwies bereits im Vorjahr der CDU-Landrat des Kreises Neuss, Hans-Jürgen Petrauschke, bei der Einweihung einer neuen BoA-Anlage in Grevenbroich. Denn schließlich mussten in den vergangenen Jahrzehnten Tausende Menschen in der Region ihre Dörfer und Häuser verlassen und in neue Gemeinden umgesiedelt werden.

Allein im Raum Erkelenz müssen noch rund 7000 weitere Menschen wegen des Tagebaus Garzweiler II umgesiedelt werden. Und während der Konzern in diesem Jahr fast 100 Millionen Tonnen Braunkohle im Revier fördern will, muss er sich im Hambacher Forst bei Düren sowie in einem "Klimacamp" in Kerpen-Manheim mit Besetzern und Protestlern auseinandersetzen. Denn trotz verbesserter Technik bläst auch ein Kraftwerk wie die neue BoA-Anlage in Grevenbroich weiter jährlich 16 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre.

Doch bislang überwiegt die positive Stimmung im Revier, weil RWE als wichtiger Arbeitgeber und Sponsor zahlreicher Projekte unterwegs ist. Doch was kommt erst nach 2045, wenn die letzten Tagebaue geschlossen und rekultiviert werden sollen? Hierüber macht sich bereits heute eine 2011 gestartete Initiative zur "Innovationsregion Rheinisches Revier"(IRR) Gedanken.

Und bei einer ersten Konferenz in Jülich hatte der damalige Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger das Rheinische Revier als "die Kraftzentrale Deutschlands" bezeichnet, die zum "globalen Hotspot der Energietechnik" werden könnte. Den bisherigen Planungen zufolge könnten nach Ende des Abbaus Windparks oder Pumpspeicherkraftwerke im Revier entstehen. Zudem sollen Teile der derzeitigen Tagebaue zu riesigen Seen werden, die dann auch touristisch genutzt werden könnten.

© Axel Springer AG 2013. Alle Rechte vorbehalten